



Aachener Bündnis gegen Atomwaffen

Diskussion

**Keine landgestützten
US-Mittelstreckenraketen für
Deutschland:
eine Fähigkeitslücke?**

mit Oberst a.D. Wolfgang Richter
28. Oktober 2026 18:30 – 20:00 Uhr

Haus der Ev. Kirche, Frère-Roger-Straße 8-10, 52062 Aachen



Die Friedensbewegung mobilisiert bundesweit gegen Mittelstreckenraketen und Kriegstüchtigkeit. Wertvolle Internetadressen sind:

<https://friedensfaehig.de/> und <https://nie-wieder-krieg.org/>

Oberst a.D. für Diplomatie und gegen Mittelstreckenraketen in Deutschland

Wolfgang Richter ist deutscher Oberst außer Dienst und Associate Fellow beim Genfer Zentrum für Sicherheitspolitik. In den 1990er Jahren war er u. a. Leiter des militärischen Anteils der deutschen Delegation für die globale Rüstungskontrolle bei den Vereinten Nationen in Genf und New York. Anschließend diente er bis 2005 als Abteilungsleiter beim Zentrum für Verifikationsaufgaben der Bundeswehr in Geilenkirchen und bis 2009 als Leiter des militärischen Anteils der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der OSZE. Schon während seiner aktiven militärischen Zeit beschäftigte sich Richter wissenschaftlich mit Sicherheitspolitik, u. a. von Ende 1989 bis Anfang 1991 bei der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP). Dort arbeitete er auch nach seinem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst bis Ende 2022 als wissenschaftlicher Mitarbeiter. Zu seinen Forschungsfeldern gehören Rüstungskontrolle, Sicherheitskooperation, internationales Völkerrecht und Konflikte in Europa.

Am 10. Juli 2024 gaben die USA und Deutschland am Rande des Nato-Gipfels bekannt, dass ab 2026 amerikanische landgestützte Raketen mittlerer Reichweite in Deutschland

stationiert werden sollten. Die derzeitige US-amerikanische Regierung hat nun erklärt, dass sie diese Entscheidung der Biden-Administration zurücknimmt. Deutsche Regierungsvertreter sprechen von einer Sicherheitslücke, die es zu schließen gelte und erwägen die eigenständige Beschaffung landgestützter Mittelstreckenraketen für Deutschland.



Oberst Richter beleuchtet die sicherheitspolitischen und militär-technischen Hintergründe einer Stationierung solcher Waffen, die strategische Folgen für die Stabilität in Europa und die daraus entstehenden Risiken für Deutschland. Er fordert, dass eine solche schwerwiegende Entscheidung, die die Sicherheit der Bundesrepublik betrifft, nicht ohne vorherige ausführliche Diskussion im Deutschen Bundestag und in der Öffentlichkeit getroffen werden darf. Er sieht in einer „strategischen Autonomie“ für Europa ein lohnenswertes Ziel, welches jedoch neben Waffensystemen auch Diplomatie beinhalten sollte, und plädiert dafür, den Sicherheitsdialog mit Russland wieder zu eröffnen und auch über Rüstungskontrolle zu verhandeln.